

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 8 1/2 bis 5 Uhr. Drucker: Dörmann-Druck G.m.b.H. Berlin SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Für die Gemeinschaftsschule!

Sozialdemokratische Anträge zum Schulgesetz.

Im Bildungsausschuß des Reichstags haben heute die sozialdemokratischen Vertreter die ersten Abänderungsanträge zum Reichsschulgesetzentwurf eingebracht. Die Sozialdemokratie verlangt, daß in der Überschrift die Worte „und 140“ gestrichen werden sollen. § 1 der Vorlage soll folgende Fassung erhalten:

Aufgaben und Ziele der deutschen Volksschule.

1. Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die Kinder zu sittlicher Bildung, zu staatsbürgerlicher Gesinnung und zu persönlicher und beruflicher Tüchtigkeit zu erziehen.

2. Aller Unterricht hat im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erfolgen.

3. Empfindungen Andersdenkender dürfen nicht verletzt werden (Art. 148 Abs. 2 der Reichsverfassung).

§ 2 des Entwurfs soll folgende Fassung erhalten:

Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen. Daneben sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder Bekenntnisfreie (weltliche) Schulen einzurichten.

In der Aussprache kamen heute zuerst wiederum die Länder zu Worte. Der Vertreter Württembergs stimmt für seine Regierung dem Gesetzentwurf zu. Sie ist besonders erfreut darüber, daß die bestehenden Bekenntnisschulen ohne weiteres anerkannt werden und die Gemeinschaftsschule zur Antragschule erklärt wird. Allerdings habe die württembergische Regierung gewisse Bedenken gegen die Art, wie der Entwurf die Erteilung des Religionsunterrichts vorsieht. Die entstehenden Mehrkosten müsse das Reich tragen.

Der Vertreter Thüringens wünscht eine Reihe von Abänderungen. Von Bedeutung ist die Mitteilung, daß nach der Aufhebung der thüringischen Regierung

die Gemeinschaftsschule in der Verfassung ganz deutlich verankert ist.

Die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht wird entschieden abgelehnt. Die evangelische Landeskirche Thüringens wolle sie ebensomöglich wie die dortige Bekehrtschaft. Thüringen verlangt auch für sich die Anwendung der Schulbestimmungen für die Simultanländer.

Hr. Dr. Herrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung betrachtet als das Wesentliche des Entwurfs, daß darin die Bekenntnisschule festgelegt wird. Seine Partei stimme dieser Bestimmung ausdrücklich zu.

(Die Sitzung geht weiter.)

Gürtner, der Helfer Hitlers.

Feststellungen des bayerischen Untersuchungsausschusses.

München, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Heute vormittag wurden in öffentlicher Sitzung die Feststellungen bekanntgegeben, die der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages in drei geheimen Sitzungen über die Vorgänge des 1. Mai 1923 getroffen hat. Diese Feststellungen, die nur mit Mehrheitsbeschluß zustande gekommen sind, stellen ein Kompromiß dar, das auf die direkte Einwirkung des Ministerpräsidenten Heß zurückgeht. Immerhin ist aber die Tatsache von Bedeutung, daß der Ausschuß trotz seiner reaktionären Zusammensetzung nicht umhin konnte festzustellen, daß Justizminister Gürtner unter Ausschaltung des zuständigen Innenministers und des Gesamtministeriums das Strafverfahren gegen die Verbrecher des 1. Mai, d. h. Hitler und Genossen, gehemmt hat.

Hochspannung in Rumänien.

Völlige Nachrichtenperre. — Im Kampf um den Kronprinzen.

Belgrad, 27. Oktober.

Der Führer der nationalen Bauernpartei in Rumänien, Julius Maniu, ist unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Jedoch gelang es ihm, an einen bisher unbekanntem Ort zu flüchten.

Die Lage in Rumänien soll außerordentlich kritisch sein. Die Verbreitung von Schreckensnachrichten wird durch den Umstand außerordentlich begünstigt, daß auf Verfügung der Regierung bereits seit zwei Tagen sowohl der Telephon- als auch der Telegraphenverkehr mit dem Ausland vollkommen unterbunden ist und nur amtliche Depeschen weitergeleitet werden.

Die rumänische Gefandtschaft in Belgrad veröffentlichte zwar gestern abend ein Dementi, wonach die Meldungen über Wicren in Rumänien vollkommen unbegründet seien. Es ist jedoch bezeichnend, daß diese Veröffentlichung nur in einem einzigen Belgrader Blatt, in der „Prosveta“, abgedruckt wurde.

Bezahlt der Mörder den Leichentransport?

Albanien wollte die Kosten für seinen ermordeten Gesandten nicht tragen.

Prag 27. Oktober.

Der schimpfliche Mord an dem albanischen Gesandten hatte ein unwürdiges Nachspiel. Die albanische Regierung weigerte sich, die Transportkosten — 30 000 Tschekotronen — für die Ueberführung der Leiche nach der Heimat zu bezahlen. Die Leiche blieb deshalb bis Mittwochabend im Wilson-Bahnhof liegen. Sie wurde dann zur Verladung freigegeben — noch ist aber nicht bekannt, ob die Würderrregierung diesem Skandal endlich selbst ein Ende gemacht hat.

Unbewußter Hochverrat!

Justizrat Claf außer Verfolgung gesetzt. — Glanzleistung der politischen Justiz.

Leipzig, 27. Oktober.

In der Strafsache gegen den Justizrat Claf in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts in der Sitzung vom 15. Oktober 1927 beschlossen, das Hauptverfahren mangels Beweisen nicht zu eröffnen und den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen.

Geradezu unglaublich ist die Begründung, die das Reichsgericht diesem Entschluß gibt. Sie betont zusammenfassend, ausreichende Anhaltspunkte dafür, daß Claf oder von den Verbänden oder von beiden zusammen ein unmitttelbarer gewalttätiger Angriff gegen die Verfassung vorbereitet worden wäre, sich nicht ergeben hätten. Bei der außerordentlich starken Umstrittenheit der Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung in Theorie und Praxis habe sich nicht widerlegen lassen, daß Justizrat Claf, der nach seiner politischen Einstellung zu einer weitgehenden Auslegung dieser Verfassungsbestimmungen neige, die von ihm erzwungenen Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 für rechtlich zulässig gehalten habe, zumal die Auffassung, daß auf Grund des Artikels 48

auch andere als die dort aufgeführten Verfassungsbestimmungen außer Kraft gesetzt werden können, im Schrifttum vertreten werde.

Der Führer der Rechtsputtschiffen Claf darf also frei herumlaufen. Warum, ihm hat das Bewußtsein der Rechtsmüdigkeit gefehlt, wenn er den Artikel 48 der Verfassung zur Aufrichtung einer völkischen Diktatur benutzen wollte.

Justizrat Claf ist für das Reichsgericht kein Hochverräter. Ihm hat ja das Bewußtsein der Verfassungswidrigkeit seiner Heße und seiner organisatorischen Arbeit gefehlt. Hält man diesen Spruch neben die Urteile, die gegen Linksputtschiffen gefällt wurden, so wird offenbar, wie das Reichsgericht, der höchste Gerichtshof der deutschen Republik, sich von politischen Gesichtspunkten bei der Aburteilung politischer Vergehen und Verbrechen leiten läßt.

Gegen diese Justiz kann es nur schärfsten Protest geben.

Finanzpolitik und Währung.

Hilferding kritisiert die Finanzwirtschaft. — Curtius über die Konjunktur. Schacht über die Währungspolitik. — Keine Besorgnisse für die Mark!

Im Mittelpunkt der Donnerstagsverhandlungen des Haushaltsausschusses standen die Erörterungen über die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Sie begannen mit einer großen Rede des Genossen Dr. Hilferding. Gegenüber dem Optimismus von Dr. Köhler bei der Beurteilung der Finanzlage des Reiches verwies er auf gewisse Unsicherheitsmomente, die man bei einer vorsichtigen Finanzpolitik nicht außer acht lassen dürfe. Oberster Gesichtspunkt jeder Finanzpolitik sei die Stabilisierung des Etats. Das sei eine Aufgabe des Parlament, weshalb sich die Sozialdemokratie gegen jede Einschränkung des Budgetrechts des Reichstags wenden werde. Hilferding warnte vor einer künstlichen Drosselung der Wirtschaft durch die Reichsbank.

Die folgende Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius war wegen des starken Optimismus bemerkenswert. Nachdrücklich wandte sich Curtius gegen den von maßgebenden Kreisen der Wirtschaft vertretenen Pessimismus, wonach wir nur eine Inlandskonjunktur haben, der aber ein Absturz folgen müsse. Eindrucksvoll waren die von ihm gegebenen Zahlen über die Auslandsverschuldung, mit denen Curtius mit Recht gegenüber den Großindustriellen die Auffassung vertrat, daß wir nur eine geringe Verschuldung haben, die in keiner Weise zu Bedenken Veranlassung gebe.

Reichsbankpräsident Schacht suchte seine Haltung gegenüber den Auslandsanleihen zu rechtfertigen und führte dieses auf „Mißverständnis“ zurück. Er sei niemals gegen Anleihen der Gemeinden und der Länder gewesen, wenn sie wirtschaftlichen Zwecken gedient haben. Aber er müsse die Rückwirkung der Auslandsverschuldung auf die Währung berücksichtigen und halte es für zweckmäßig, die Beratungsstelle durch eine Kontrollinstanz über die gesamte Finanzpolitik der Gemeinden zu erlegen. Die Reichsbank wolle keine Konjunkturpolitik betreiben und keine Krisen hervorrufen, sie dürfe sich aber auch nicht einer künstlichen Förderung der Konjunktur schuldig machen.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt setzte heute in Anwesenheit des Reichsfinanzministers gestern nach der Rede des Ministers abgebrochene Aussprache über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands fort. Die für die Wirtschaftspolitik des Reiches in erster Linie verantwortlichen Männer, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsbankpräsident Schacht, die auf sozialdemokratische Anregung hin gestern vom Ausschuß geladen wurden, sind erschienen.

Gefahren für die Finanzpolitik.

Erster Redner war Genosse Dr. Hilferding, dessen ausführliche Rede vom gesamten Ausschuß mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört wurde. Er erklärte zunächst, daß er persönlich regelmäßige mündliche Besprechungen mit dem Reparationsagenten mit dem zuständigen Minister für durchaus wünschenswert und notwendig halte. Allerdings hätten nachträgliche schriftliche Fixierungen solcher Unterredungen etwas Mißliches.

Zu tabeln sei, daß man zuerst in Abrede gestellt habe, daß überhaupt etwas erfolgt ist. Wichtige Information der Öffentlichkeit sei gerade bei wichtigen internationalen Dingen unbedingt notwendig. Dr. Köhler habe gestern eine wohlhabende Rede gehalten, die sich von dem Pessimismus seiner Rede bei Einbringung des Etats stark unterscheidet. Diese letztere Rede hätte ja leider dem Gerede über die Notwendigkeit einer Revision des Dawes-

Planes neue Währung in gewissen Kreisen gegeben. Demgegenüber habe er namens seiner Partei zu erklären.

Die Frage einer Revision des Dawes-Planes müsse für die nächste Zeit gänzlich ausbleiben.

Diese Revision sei keine aktuelle politische Frage, die Kosten müßten zunächst voll bezahlt werden. Die Zahlenreihe, die der Minister gestern gegeben habe, scheine in manchen Punkten ansehbar. Er wolle diese Kritik bis nach Einsetz in die gedruckte Rede ausschieben. Er wolle es nur betonen, daß der Minister bei seinen Ausführungen von der Fortsetzung der günstigen Konjunktur ausgehe. Das sei ein schwacher Punkt.

Daher müsse der Etat 1928 unter allen Umständen so vorsichtig aufgestellt werden, daß er auch bei einer Steigerung der produktiven Erwerbslosenfürsorge balanciere. Die Stabilität des Etats sei die Voraussetzung für die Stabilität der Währung. Er müsse anerkennen, daß der Reichstag und die verschiedenen Regierungen dieses Ziel stets im Auge behalten hätten. Daher sei auch das Gerede von einem Finanz- oder Wirtschaftsdiktator, der ja an sich ganz ungeheuerlich sein würde, auch durchaus falsch und gefährlich. Die Rede des Finanzministers sei auch durch die politischen Gesichtspunkte stark gehemmt gewesen. Die Ausgabensteigerung durch gewisse Gesetze müsse nicht nur in allgemeinen Redewendungen zugegeben, sondern diese Steigerungen müßten genau angegeben werden.

Man könne in der gegenwärtigen Lage nicht ins Ungewisse hinein Ausgaben bewilligen, sondern für jede Ausgabe müsse die Deckung klar da sein.

Es komme hinzu, daß in den nächsten Jahren die vollen Reparationslasten zu zahlen seien. Er sehe mit seiner Partei auf dem Boden einer Ausdehnung der Selbstverwaltung, aber ohne Kontrolle der Finanzgebarung der Selbstverwaltung sei das nicht möglich. Die Befürchtung sei nicht von der Hand zu weisen, daß Länder und Gemeinden ihre Ausgabenwirtschaft auf die günstige Konjunktur aufbauen. Auch Länder und Gemeinden hätten sich nach der Decke zu strecken. Gerade von dem Standpunkt, den er gegenüber Ländern und Gemeinden in der Anleihefrage einnehme, und gerade weil er nicht für schrankenlose Aufnahme von Auslandsanleihen durch Länder und Gemeinden eintrete, müsse er sich wenden gegen die Agitation, die gegen die Kommunen betrieben werde.

Abgehen von einzelnen Vorkommnissen sei es gänzlich abwegig, von einer verschwärenden Finanzwirtschaft der Gemeinden zu reden.

Nichts könne dem deutschen Kredit im Ausland mehr schaden, als dieses Gerede. Er habe nicht die geringsten Bedenken gegen kommunale Auslandsanleihen, die für produktive Zwecke aufgenommen würden. Sehr bedauerlich sei, daß noch immer ein vernünftiges kommunales Aufsichtsratsrecht fehle.

Der Unterschied zwischen der letzten Wirtschaftskrise und dem heutigen Wirtschaftsstande sei ein ungeheurer. Er halte es für falsch, den Versuch zu machen, solche Konjunktur zu droffen, damit das Ausland nicht eine zu günstige Ansicht vom Stande der deutschen Wirtschaft erhalte. Wir dürfen aus Furcht vor dem Tode nicht Selbstmord verüben. In diesem Zusammenhang machte Genosse Hilferding sehr eingehende Ausführungen über Preispolitik und Diskontpolitik der Reichsbank und betonte, daß

im letzten halbjahresbericht des Reparationsagenten nichts enthalten gewesen sei, was nicht in Deutschland schon weit scharf ausgesprochen worden wäre.

Seine Partei werde nach wie vor der Stabilität der Reichsfinanzen

Aussichten auf Abschaffung der Todesstrafe?

Professor Kahls Vorschlag. — Sicherungsmaßnahmen statt Todesstrafe.

Der Straßengeschauspieler des Reichstages setzte heute die Beratungen über die Todesstrafe fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Abg. Kahls mit, daß sich gegenüber den Bemerkungen um gemeinsame Beratungen deutscher und österreichischer Parlamentarier gewisse Schwierigkeiten eingestellt hätten, er werde darüber in der ersten Sitzung der nächsten Woche berichten.

In der sachlichen Beratung über die Todesstrafe erklärte Abg. Höllner für die Kommunisten, daß sie grundsätzliche Gegner der Todesstrafe seien... im kapitalistischen Staat. (Allgemeine Heiterkeit.) Er wies darauf hin, daß mit einem Appell an die Tränenbrühen die Todesstrafe nicht zu beseitigen sei, es handle sich um eine Wachfrage. Im übrigen richtete sich der kommunistische Redner in Angriffen auf die Sozialdemokratische Partei.

Abg. Kahls erklärte, gegenüber dem für ihn ehrenvollen Appell des Abg. Rosenfeld, gegen die Todesstrafe aufzutreten, nicht schweigen zu können. Besonders der Appell an seine persönliche Verantwortung lasse es ihm geboten erscheinen, seinen Standpunkt darzulegen. Seine eheliche Überzeugung sei heute noch dieselbe wie auf dem Wiener Juristentag 1912. Er habe sich aber auch noch von gestern auf heute geprüft und er müsse sagen, die Frage der Todesstrafe sei für ihn keine Prinzipienfrage, da er überhaupt nicht grundsätzlicher Anhänger der Todesstrafe sei. Für ihn kämen weder religiöse noch philosophische Gründe in Frage. Die absolute Gerechtigkeit liege ja allein in Gottes Hand. Auch den Vergeltungsgeboten lehne er ab. Er scheide sogar fast ganz den Gedanken der Abschreckung aus, von welchem er früher mehr gehalten habe. Andererseits lehne er es ab, die Frage als Frage der Kultur zu behandeln. Auch Sentimentalitäten müßten ausgeschlossen werden. Er habe dreimal Hinrichtungen beigewohnt und jedesmal einen gewiß erschütternden Eindruck bekommen, aber auch den unerträglichen Ernst und die Würde des Strafvollzugs festgestellt. Für ihn sei die Frage der Abschaffung der Todesstrafe eine Zweckmäßigkeitsfrage in dem Sinne, daß der Staat nach der gegenwärtigen Lage der Kriminalität heute noch nicht auf die Todesstrafe für die schlimmsten Fälle verzichten könne. Einer gesetzlichen Bestimmung, daß die Todesstrafe bei jungen Leuten unter 21 Jahren nicht vollstreckt werden könne, würde er zustimmen. Er gebe sogar noch einen Schritt weiter; er könne sich denken, daß selbst noch in diesem Gesetzgebungswerk die Abschaffung der Todesstrafe sehr ernst in Erwägung gezogen werden könnte, wenn in das neue Gesetz der erforderliche Apparat von Sicherungsmaßnahmen gegenüber unverbesserlichen Verbrechern eingebaut würde.

Reichsjustizminister Heigl verteilte den Standpunkt der Regierung. Er bemerke dabei eine recht geringe Kenntnis der eigenen Vorlage, vielleicht kannte er sie aber auch und verfolgte nur den Zweck, die verlässliche Begründung der Vorlage zu verschleiern. Er behauptete, daß man im Kampf um die Todesstrafe über die Argumente ihrer Anhänger mit großer Beifriedigkeit hinweggehe. Dabei sei die Todesstrafe noch in das Rechtsbewußtsein des ganzen deutschen Volkes übergegangen. (Widerspruch bei den Soz.)

Die Reichsregierung halte an dem Gedanken der Sühne fest.

auch wegen der Sicherheit des Staates müsse die Todesstrafe beibehalten werden. Sie schreie auch ab. Das natürliche Empfinden wende ihm das. Er lege das an einer Neuerung der (deutschnationalen) Abgeordneten Frau Müller-Dittrich. (Heiterkeit bei den Soz. — Zuruf: Das sind Redensarten gegenüber Laien.) Auch wenn die Todesstrafe jetzt bestehen bliebe, könne sie später bei anderen Verhältnissen wieder aufgehoben werden. Noch sei dieser Idealzustand aber nie dagewesen. Verschiedene Staaten, die die Todesstrafe abgeschafft hätten, hätten sie später wieder eingeführt. In Oesterreich allerdings, wo die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung ausgesprochen sei, werde man gegen sie

nicht angehen können. (Zuruf links: Dank der österreichischen Sozialdemokratischen Partei.) Nicht die ganze „Kulturwelt“ sei für die Abschaffung der Todesstrafe. Der Vatikan habe 1911 erklärt, der Papst sei weder für noch gegen die Todesstrafe. Bei einem Aufstand könne man nicht reden. Wohl sei der Fall eines Hingerichteten, dessen Unschuld sich später herausgestellt habe, bekannt. Nur Aufstirrer seien vorgekommen. Er frage den Abgeordneten Rosenfeld, ob er wirklich im Falle der Massenmörder Haarmann und Dente gegen die Todesstrafe sei.

Abg. Rosenfeld: Ja.

Dann allerdings scheiden sich unsere Wege. (Abg. Rosenfeld: Sehr wahr!) Die Regierung verlange die Aufrechterhaltung der Todesstrafe.

Genosse Rosenfeld machte als Berichterstatter folgende Feststellung: Abg. Barz (Duis.) habe im Plenum des Reichstages erklärt, in Hamburg habe ein Mörder erklärt, die Todesstrafe schrecke ihn nicht, er werde ja doch begnadigt. Der deutschnationale Abg. Schönbauer habe daraus schon gemacht: In Deutschland pflegten die Mörder schon nach Hamburg zu gehen, weil der Kopf ihnen sicher sei. Minister Heigl habe heute gesagt, es habe sich ein ähnlicher Fall in Hamburg ereignet. Die Wahrheit sei aber, daß lediglich der Hamburger Korrespondent vom 12. Juli 1924 mitgeteilt habe, daß ein Mörder vor einem sächsischen Schwurgericht erklärt haben soll, mein Kopf ist mir sicher. Um der Legendenbildung vorzubeugen, sei dies festgestellt.

Ministerdirektor Schäfer erklärte für die preussische Regierung, daß sie entsprechend einer Stellungnahme des Preussischen Landtages bei aller Würdigung der Gründe für die Todesstrafe den Zeitpunkt noch nicht für gekommen ansehe, an dem auf die Todesstrafe verzichtet werden könne.

Die Beratungen werden noch fortgesetzt.

Betrogene Bauern!

100 Landwirte klagen gegen den Reichslandbund.

Beim Amtsgericht Wriezen a. d. O. ist seit 26. April d. J. eine Klage von fast 100 Bauern, meist kleinen Leuten, anhängig gemacht gegen den Kontrolloverwalter der Oberbarnimer Landbundgenossenschaft in Wriezen a. d. O., die, wie so oft bei den Landbundgenossenschaften, durch spekulative Geschäfte in Konturs gegangen ist und nun durch die Forderung von Nachschüssen die hartenden Bauern an den Rand des Ruins gebracht hat. Die geschädigten Bauern verlangen die Halbarmachung des Ausschusses und des Vorstandes der zum Vorkommen gekommenen Genossenschaft, weil die die Mitglieder bedrohenden Verpflichtungen der Genossenschaften zum großen Teil aus vermeidbaren Wucherzinsen und aus Verschönerungsgeschäften der Landbundgenossenschaften entstanden sind.

Um die Schulden abzutragen, mußten die Mitglieder schon in eine Verdoppelung der Geschäftsanteile willigen, die nachgeholt werden müssen. In der Klageschrift heißt es, daß aber gerade die Großen durch Manipulationen sich von ihrer Haftungspflicht freigelassen hätten. Den Kleinen wird also die ganze Haftpflicht zugeschoben. Jahrelang seien die wildesten Geschäfte auf dem Rücken der kleinen Bauern durchgeführt worden.

Es ist nicht nötig, im einzelnen die Spekulationsgeschäfte aufzuzählen, die gemacht worden sind. Wahr ist aber auch hier wieder, daß die vom Landbund erzeugten Bauern durch ausschweifende Verluste aus dem vorgekauften Landbundhimmel gerissen worden sind. Der Reichslandbund hat es wirklich nicht nötig, sich darüber zu beklagen, daß den Großgrundbesitzern auf dem Lande das Heft aus der Hand gerissen wird. Dazu ist keinerlei Agitation nötig, das besorgt der Reichslandbund selber durch die schweren Schäden, die er der Bauernschaft zufügt.

Ihre Aufmerksamkeit zuwenden und keinen Eintrag verabschieden, der nicht die unbedingte Gewähr für die Stabilität bietet. Zu solchem Eintrag müsse eine Wirtschaftspolitik treten, die sich hütet, durch falsche Maßnahmen psychologische oder wirtschaftlicher Natur den richtigen Ablauf der Konjunktur zu stören.

Die Ausführungen des Genossen Hisslerding wurden von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius unterbrochen und nach mancher Richtung hin ergänzt. Die ausländische Verschuldung in langfristigen Anleihen betrage er auf 3,95 Milliarden ohne die Dawes-Anleihe. In diesen stecken 2 Milliarden Verschuldung der Wirtschaft. Da man aber das eigene Vermögen der durch den Dawes-Plan belasteten Industrie auf 34,3 Milliarden annehmen müsse, sei es klar, daß

diese Verschuldung in keiner Weise etwas Bedrohliches habe.

Oben sicher seien die Anleihen der öffentlichen Körperschaften, da hinter diesen noch die Steuerkraft der Steuerzahler stehe. Er hoffe, daß die Entwertung normal verlaufen werde, wenn wir nicht selber das Vertrauen des Auslandes stören. Man möchte doch absehen von der Anschauung, als ob hinter jeder Hochspannung sofort eine tiefe Krise einsehen müsse. Das sei durchaus unrichtig. Die heutige Konjunktur könne durchgefallen werden. Wechselprozesse, Konturse usw. stehen seit langem auf gleichem Niveau. Er dürfe sagen, daß auch der Herr Reparationsagent die gegenwärtige Lage nicht als kritisch ansehe, sondern nur als falsche, in der alle Beteiligten sich haben müssen, daß sie nicht zu einer kritischen werde.

Nach dem Reichswirtschaftsminister Curtius nimmt

Reichsbankpräsident Schacht

das Wort, um die Anleihe- und Diskontpolitik der Reichsbank zu rechtfertigen. Er erklärt sich bereit, die Beratungsstelle sofort abzuschaffen, wenn an ihrer Stelle eine zentrale Finanzkontrolle geschaffen wird. Die Beratungsstelle würde das Problem nicht meistern. Der Begriff der Produktivität schwankte. Der Bau eines Elektrizitätswerkes kann z. B. sehr unproduktiv sein, wenn die Gemeinde durchaus ein eigenes Elektrizitätswerk haben will. Es kann auch vorkommen, daß Anleihen für produktive Zwecke verlangt werden, während man laufende Einnahmen an unproduktive Zwecke verausgabt. Dagegen könne nur die Beratungsstelle helfen.

Der Anleiheaufnahme durch die Privatindustrie habe sich die Reichsbank niemals widersetzt. Wenn ein Fehler begangen worden sei, so bestünde er darin, daß man zu lange bei dem niedrigen Diskontsatz ausgehalten habe. Der Reichsbankpräsident verweist dann auf die Ergiebigkeit des inneren Kapitalmarktes, der von 1924 bis 1927, von den Aktien abgesehen, an festverzinslichen Werten 7½ Milliarden finanziert habe. Die Reichsbank, erklärt er, hat keine konjunkturpolitischen, sondern währungspolitischen Aufgaben. Banknoten sind nicht Kapital, sondern Zahlungsmittel. Vor dem Krieg betrug der Umlauf 6 Milliarden, davon 2½ Milliarden Gold, das wesentlich langsamer zirkulierte. Jetzt haben wir am 3. Oktober 6½ Milliarden Umlauf bei Verdoppelung des Giroverkehrs und Verdreifung des Postverkehrs im Verhältnis zur Vorkriegszeit.

Damit ist die Grenze erreicht, bei der die Bremse im Interesse der Währung angelegt werden muß.

Wir brauchen Devisen, nicht nur um den Reparationsagenten zu befriedigen, sondern auch um besonders im Fall eines Konjunkturschwungs Reparationen zu haben. Eine neue Inflation ist unter keinen Umständen zu wünschen. Von dem Theater, das sich damals abgespielt hat, sind wir so sehr ergriffen, daß wir eine Wiederholung nicht sehen wollen. Eine weitere Vorlesung findet bestimmt nicht statt.

Auf Anfrage des Abg. Bräuning (Z.) erklärt der Reichsbankpräsident: Er glaube nicht, daß seit Juli eine Zunahme der kurzfristigen Verschuldung eingetreten sei. Biel eher sei anzunehmen, daß aus Devisen, die durch langfristige Anleihen herankamen, kurzfristige Verpflichtungen abgedeckt worden sind.

Man tritt nun in die Aussprache ein, in der der Abg. Fischer (Dem.) ein überaus trübes Bild der deutschen Reichsfinanzen entrollt. — Die Sitzung dauert an.

Im Pariser Verkehrsstrudel.

Von Erich Vogel.

Wer wie ich zum erstenmal in Paris weilt, dem drängt sich vor allen Dingen die große Verschiedenheit zwischen dem Pariser und dem Berliner Verkehr auf.

Paris hat ein so dichtes, über die ganze Stadt verbreitetes Untergrundbahnnetz, daß man praktisch fast jeden Punkt der Stadt mit der Untergrundbahn bequem erreichen kann. Fast jede Station ist auch Umsteigestation, von vielen Untergrundbahnhöfen hat man sogar die Wahl nach sechs verschiedenen Richtungen. Am Untergrundbahnhof „Gare de l'Est“ (Ostbahnhof) ist zur Erleichterung des Umsteigens sogar ein riesiger Fahrstuhl vorhanden. Gewöhnlich muß man nämlich auf den Umsteigebahnhöfen erst durch ein förmliches Labirinth von Treppen und Gängen wandern, um von einem Bahnsteig zum andern zu gelangen. Große überdachte Korridore in den Eingängen der Straße und auf den Bahnsteigen sowie Streckentüren in den Zügen mit Bezeichnung der verschiedenen Anschlüsse, leiten die Reisenden sicher zum Ziel. Alle Untergrundbahnzüge sind mit Scheinwerfern versehen, die bei Abfahrt des Zuges durch Druckluft verschlossen werden. Lassen sich durch irgendein Hindernis (z. B. durch eine aussteigende Person) die Türen nicht schließen, so kann auch der Zug nicht abfahren; dadurch werden Unfälle beim Aussteigen vermieden. Kurz vor Abfahrt des Zuges wird niemand durch die Sperre gelassen, so kann selten jemand beim Einsteigen zu Schaden kommen. Die Lüftung in den Tunneln ist allerdings sehr schlecht; eine dumpfe, erstickende Luft empfängt einen beim Eintritt in das Unterirdische. Die Untergrundbahn ist nur auf einer verhältnismäßig kleinen Strecke als Hochbahn geführt. — Eine Stadtbahn wie in Berlin (zwischen Straßburg, Rummelsburg und Charlottenburg) gibt es allerdings in Paris nicht.

Wer aus Berlin kommt und die Berliner Verkehrsregelung mit Hilfe von Schuhmannsärmen oder Signalkütern (wie in der Leipziger Straße und Friedrichstraße) kennen gelernt hat, glaubt natürlich, das gleiche auch in Paris vorzufinden. Das ist jedoch nur in bedingtem Maße der Fall. Die Verkehrsregelung ist schon viel einfacher dadurch, daß es in Paris nur noch einige Straßenbahnlinien, hauptsächlich im Osten der Stadt, gibt. Die meisten großen Verkehrswege sind aber frei von Straßenbahngleisen. Auch Pferdewerke sieht man nur wenig, ebenso gibt es lange nicht soviel Radfahrer oder gar Motorradfahrer wie in Berlin. Dafür ist der Automobilverkehr viel größer als bei uns. In den langen und breiten Straßen, die Paris durchziehen, fahren die Kraftwagen in ununterbrochener Reihenfolge dahin, und man muß den günstigsten Augenblick zum Überqueren der Fahrbahn abpassen. Nur an einigen Schnittpunkten großer Verkehrsadern wird der Verkehr durch Schutzleute geregelt. Ich sah nicht so viele Verkehrsschutzleute wie bei uns; wo jedoch ein Schuhmann in einer belebten Straße mit seinem weißen Stab steht, hat man auch die Möglichkeit, ohne

Gefahr die Straße überschreiten zu können. Haben sich nämlich an einem Übergang mehrere Passanten angeammelt, und will die Reihensolge der Kraftwagen gar nicht abreißen, so hebt der Postkist den weißen Stab, sofort halten alle Wagen, und durch die entstehende Lücke können die Fußgänger hinüberkommen. Einen Augenblick später erhebt wieder das Wagnersymbol die Straße. Die Automobillisten sind etwas kleiner und daher beweglicher als die unfernen und ohne Verdeck. Durch ihren geringeren Fassungsraum wird der Fußsitz an den Haltestellen verkürzt und die Omnibusse kommen schneller vorwärts. Eine Reihe schmaler Straßen ist zu Einbahnstraßen erklärt worden; mit Beginn der Dunkelheit zeigt eine Blinklichtlaterne den Wagen die verbotene Einfahrt an. — Während meines Pariser Aufenthalts sah oder hörte ich niemals von einem Zusammenstoß oder von gegenseitigem Anschauen der Wagen. Das beruht nicht nur auf der guten Fahrkunst der Kraftwagenfahrer, sondern ist auch den sehr breiten Straßen zu danken, die den Wagen auch genügend freie Bewegungsfreiheit geben.

Erwähnt seien noch die kleinen schnellen Dampfer, die den Verkehr auf der Seine vermitteln; man kann mit ihnen für billiges Geld nicht nur innerhalb von Paris, sondern auch noch ein Stück außerhalb (von Maisons-Alfort bis Suresnes) fahren.

In Paris ist man also in bezug auf die richtige Verkehrsregelung in vieler Beziehung weiter vorgekommen als in Berlin.

Carl Judmayer liest für die Volksbühne. Die Vortragsreihe „Autorenabende“, die die Volksbühne in diesem Jahre veranstaltet, eröffnete gestern Abend Carl Judmayer in der Aula des „Grauen Klosters“. Er las die Geschichte des Schorcht Philipp Socuffert, jenes Bauern aus dem Taunus, der am Ende des Weltkrieges nach Rußland reist, um sein Kind zu holen. Diese Novelle ist für Judmayer so charakteristisch, wie sein „Fröhlicher Weinberg“, wenn sie auch deutlicher gewisse Schwächen des Dichters zeigt. Neben Verwurzeltheit mit dem heimischen Boden, neben Naivität, Instinkt und ungeborener Lebensbejahung steht eine Reizung, ins Breite zu gehen und dabei die Dinge aus sehr vereinfachter Perspektive zu betrachten. Der starke Lebenswille räumt alle Schwierigkeiten fort. Begeistert vollbringt das Gute und Zweckdienliche mit einer nachwärtlichen Sicherheit. Wie ein Gottgefandener findet er seinen Weg, er fragt nicht nach Gründen, er will auch keine kennen, er folgt allein seinem Instinkt. Doch manches erscheint konstruiert und nicht immer überzeugend. Es ist, als ob Judmayer einen Schwallot aufstellen möchte, wie dieses durch nichts zu erschütternde Gefühl der Widerwärtigkeiten Herr wird. Darzwischen Starkes in dem Erleben des rein Volkstümlichen, in der Schilderung des Vertrauens von Mensch und Natur, in der Plastik und Sittlichkeit der Gestalten, Eigenschaften des Dichters, die der „Fröhliche Weinberg“ allerdings schon deutlicher offenbart. Aber auch hier in der Novelle zeigt sich Judmayer als Künstler, der auf keinen Fall eingeschmoren ist, der in seiner unbeeinträchtigten Realistik des Schauens beruhigend und wie ein leiser Pol in den Kampfen der Gegenwart wirkt.

Die Liebesbriefe Ludwig Thomas an seine Gattin Marion bildeten beim Landgericht München den Gegenstand eines literarischen Rechtsstreits. Nach der Scheidung von seiner Frau hatte Thoma

die Frau Marie v. Liebermann als seine Universalerbin eingeklagt, die daraus das Recht ableitete, daß die von der Frau Marion geplante Veröffentlichung ihrer Thoma-Briefe nicht erfolgen dürfe. In diesem Sinne ermittelte sie auch eine einstweilige Verfügung der Ferienkammer beim Landgericht, an die sich aber bei der Zivilkammer des Landgerichts München Vergleichsverhandlungen schlossen. Diese sind in den letzten Tagen geschlossen, und nun hat das Gericht ein endgültiges Urteil gefällt, durch das die Verfügung der Ferienkammer aufgehoben und der Einspruch der Frau v. Liebermann unter Aufbüdung sämtlicher Kosten abgewiesen wurde. Der Veröffentlichung der Thoma-Briefe steht also nichts mehr im Wege.

10 Millionen beim Hunderennen. Die Mode der Hunderennen hat sich in England rasch zu einem großen Sport ausgebildet, mit dem heute riesige Summen verdient werden. Einige Zahlen über die Kapitalisten, die darin angelegt sind, und über die Ertragnisse der letzten Saison beleuchten diese große Beliebtheit. In London haben die letzten Hunderennen allein etwa 5 Millionen Menschen beigewohnt, und die Zahl der Besucher verdoppelt sich, wenn man sie für das ganze Land berechnet. Das Eintrittsgeld, das dabei bezahlt wurde, beläuft sich auf annähernd 20 Millionen Mark. Der Staat hat an Vermögenssteuer von den Hunderennen während der 18 Wochen dauernden Saison durchschnittlich 200 000 Mark die Woche erhalten. Die Summen, die als Wettsteuer gezahlt worden sind, dürften ebenso hoch sein. Die Umsätze bei den Wettten belaufen sich auf mehrere Millionen Pfund. In London sind gegen 1000 Buchmacher tätig, die nur Wettten für die Hunderennen abschließen. Wettten auf 2000 Mark und mehr sind sehr häufig. Die größten Sätze, die auf einen Favoriten angelegt wurden, beliefen sich auf 16 000 Mark zu 8000 Mark. Nicht weniger als 60 Gesellschaften betreiben die Hunderennen, und zwar mit einem eingetragenen Kapital von über 22 Millionen Mark.

Eine Hamburger archaische Expedition wird zuzelt mit einem 30 Tonnen großen Segelschiff „Armonia“ ausgerüstet. Die Expedition wird von einem Hamburger Journalisten geleitet werden und soll in erster Linie der Erforschung der noch unbekanntesten sibirischen Küstenstriche und der nahe liegenden Goldminen dienen. Sie wird von Hamburg im April 1928 ihren Ausgang nehmen.

Geldaustausch Holland-Beigien. Das belgische Ministerium des Auswärtigen und der niederländische Botschafter in Brüssel haben ein Abkommen unterzeichnet, das die zeitigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern enger zu gestalten bezweckt, insbesondere durch Austausch von Professoren sowie durch Stipendien.

Falschliche Kulturpropaganda. Die italienische Regierung hat den Ausländern, die sich an den Universitäten für besondere Fortbildungskurse in Literatur, Kunst usw. einschreiben lassen, eine Reihe Voraussetzungen gemacht. Ein erhaltener Rabatt auf den Eisenbahnen, die Postgebühren werden auf die Hälfte reduziert, sie erhalten ferner freien Eintritt in alle Museen.

Die erste Volkszählung in der Türkei findet morgen statt. Ein besonderer Stab von 60000 Personen ist aufgestellt worden, so daß man hofft, die gesamte Bevölkerung der Türkei in einem Zuge zählen und damit zum erstenmal eine wirklich zuverlässige Grundlage über die Gesamtbevölkerung und den Stand in den einzelnen Teilen der Türkei erhalten zu können.

Die plattdeutsche Wache wird unter Unterstützung einer großen Zahl von plattdeutschen und anderen Organisationen in der Zeit vom 29. Oktober bis 6. November in Kottbus abgehalten. Sie soll der Vertiefung niederdeutscher Volksweisheit und seiner Eigenart und Sprache dienen.

Eisenbahnunglück in Serbien.

Ein Güterzug verunglückt. — Drei Tote.

Belgrad, 27. Oktober. (WZB.)

Nach einer Privatmeldung aus Szabodba stürzte eine Brücke auf der Eisenbahnlinie Mostar—Serajewo unter einem Güterzug zusammen, wobei der Lokomotivführer, der Heizer und ein Bremser den Tod fanden. Einzelheiten fehlen noch.

Nachrichten.

Um unseren Lesern ein Bild vom modernen Nachrichtenbetrieb zu geben, stellen wir die Nachrichten zusammen, die über diesen Unglücksfall bei uns eintrafen: von der ersten übertreibenden Meldung bis zur letzten, den Sachverhalt richtig wiedergebenden:

I. Paris, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Der „Matin“ meldet aus Serajewo, daß ein Zug auf der Linie Serajewo nach Mostar in einen Abgrund von 50 Meter Tiefe abgestürzt ist, als er im Begriff war, über eine Brücke zu fahren, die aus bisher unbekanntem Grund unter dieser Last zusammenbrach. Beinahe sämtliche Reisende wurden getötet. Die Zahl der Getöteten soll 250 überschreiten.

II. Budapest, 27. Oktober. (WZB.)

Nach einer Blättermeldung aus Belgrad hat sich gestern auf der Eisenbahnlinie Serajewo—Mostar ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Eine Eisenbahnbrücke stürzte in dem Augenblick zusammen, als ein Zug über sie hinwegfuhr. Der Zug stürzte in eine 50 Meter tiefe Schlucht. Einzelheiten über den Unfall fehlen noch. Nach den bisherigen Feststellungen sind zweihundert Personen getötet worden. Der Materialschaden ist ungeheuer groß. Der Lokomotivführer hat schwere Verletzungen erlitten.

III. Wien, 27. Oktober. (ZU.)

Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Belgrad: Gestern ereignete sich auf der Eisenbahnlinie Serajewo—Mostar ein Eisenbahnunglück. Ein Zug stürzte in einen 50 Meter tiefen Abgrund, nachdem eine Eisenbahnbrücke nachgegeben hatte. 260 Personen fanden den Tod. Eine Bestätigung dieser Meldung von amtlicher Seite liegt zur Stunde noch nicht vor.

IV. Berlin, 27. Oktober. (WZB.)

Die nach einem Budapest Blatt verbreitete Meldung über ein Eisenbahnunglück in Bosnien mit 200 Toten scheint sich nicht zu bestätigen. Eine 10 Uhr 40 bei uns eingetroffene Meldung spricht von einem Güterzug und drei Tote.

Budapester Arbeiterprozeß.

Eine Szene.

Aus der Freilagerverhandlung des Szanto-Prozesses sei folgender Auftritt kurz wiedergegeben:

Der Vorsitzende „verhört“ Frau Boriska Szerenyi. Diese sagt: „Ich wurde bei der Polizei blutig geohrfeigt.“ Sie will von den niedrigen Forderungen erzählen. Der Vorsitzende läßt sie nicht sprechen. „Schweigen Sie darüber!“ — „donneri er sis an — reden Sie lieber von dem März 31st, das man bei Ihnen abgeschrieben fand. Ob Sie sich damit einverstanden erklären?“ Er verliest:

„Das Kapital steht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Mit entsprechendem Proßt wird das Kapital kühner. 10 Prozent sicher — und man kann es überall anwenden. 20 Prozent — es wird lebhaft. 50 Prozent — positiv möglich. Für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gehege unter seinen Fuß. 300 Prozent — und es gibt kein Verbrechen, das es nicht wagt, selbst auf die Gehege des Golgens.“

Bors, (nachdem er die Stelle verlesen hat, ironisch): No, was sagen Sie dazu, Boriska Szerenyi?

Nachdem die Frau antworten konnte, springt ein anderer Angeklagter, Johann Srieszl, auf und ruft: Hören Sie, Herr Vorsitzender: Es ist Wort für Wort wahr!

Bors. (wütend): Dafür bekommen Sie einen Tag Dunkel-arrest.

Wohnungsaffären im Bezirksamt Kreuzberg.

Nicht Monate Gefängnis für Magistratsrat Badoret.

In einer bis in die Nachstunden hinein währenden Verhandlung beschäftigte sich am Mittwoch das erweiterte Schöffengericht Tempelhof unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Voshke mit den Baukostenzuschüssen des Magistratsrats Karl Badoret, des Deputierten beim Wohnungsamt Kreuzberg, die seinerzeit in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt haben.

Badoret war in zwei Fällen der Amtsuntererschlagung, bei dem einen Falle zugleich der Amtverweigerung, beschuldigt. Ein dritter Fall der Amtsuntererschlagung lautete auf Bestechung, und hierbei war auch der frühere Bezirksverordnete Buchmader Felsmann sowie ein Kaufmann Beyer mitangeklagt. Es sollte eine Bestechung vorliegen. Der Angeklagte Bener ist inzwischen verstorben. Bei dem ersten Anklagefall gegen Badoret handelte es sich um eine Wohnung in der Puttkamerstr. 17. Die durch den Tod der Inhaberin freigeworden war. Die Untermieter, ein Brautpaar, wollten die Wohnung haben und baten Badoret um die Zustimmung. Es wurde von ihnen die Zahlung eines Baukostenzuschusses verlangt in Höhe von 1000 Mark. Das Brautpaar beschloß sich das Geld und übergab in Teilzahlungen Badoret im ganzen 500 Mark. Während Badoret in Urlaub war, erließ im September 1925 Stadtrat Conrad, daß die Wohnung Puttkamerstr. 17 frei sei und daß die Untermieter auf Grund des Baukostenzuschusses Anspruch auf die Wohnung machten. Er stellte fest, daß eine Einzahlung an die Kasse nicht erfolgt war, obwohl das Brautpaar über den ersten eingezahlten Betrag von 300 Mark eine persönliche Quittung von Badoret, keine amtliche, in Händen hatte. Als Badoret am 25. September vom Urlaub zurückkam, wurde ihm eröffnet, daß er in den Verdacht der Amtsuntererschlagung geraten sei. Bei seiner Rückkehr aus seinem Urlaub konnte B. zuerst das Geld nicht nachweisen. Einen Tag später aber hatte er es zur Hand.

Der zweite Fall betraf die Wohnungsüberweisung an einen Kreditbesitzer J. in der Friedrichstraße. J. hatte an Badoret am 26. Juli 1924 500 Mark Baukostenzuschuß gezahlt und darüber eine nichtamtliche Quittung erhalten. Später verlangte Badoret die Einreichung der Mietverträge zugleich mit der von ihm ausgefertigten Quittung. J. erhielt die Mietverträge zurück, aber die Quittung fehlte. Er bekam sie auch nicht, obwohl er mehrmals mahnte. Die Beschuldigten in der Frage lebenden Wohnung hatte Badoret vom Stadtspektor eingefordert, und sie sind seitdem aus dem Geschäftsgang des Wohnungsamtes verschwunden. Der Zeuge J. hatte früher ganz bestimmte und schwer belastende Angaben gemacht, konnte sich nun aber vor Gericht auf die Vorgänge nicht mehr besinnen. Badoret wurde wegen dieser beiden Fällen, in denen Amtsuntererschlagung und Urkundenfälschung erkl. wurde, zu insgesamt 8 Monaten

Der Untergang der „Mafalda“.

Die hohe Zahl der Opfer nicht bestätigt. — Man rechnet mit 35 bis 60 Toten.

Nach den jetzt sehr zahlreich einlaufenden Berichten über den Untergang des italienischen 12 000-Tonnen-Dampfers „Principessa Mafalda“ an der brasilianischen Küste ist die Zahl der Opfer glücklicherweise nicht so groß, wie man zuerst annahm. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ und der „Daily Mail“ melden übereinstimmend, daß nach den neuesten Mitteilungen der Schiffseigenümer des Dampfers 1222 Passagiere gerettet worden seien, so daß die Zahl der Opfer nur noch 34 betrage. Der „New York Herald“ spricht gleichfalls von weniger als 40 Vermissten.

Einzelheiten von der Katastrophe.

New York, 27. Oktober.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Pernambuco spielte sich der Untergang der „Principessa Mafalda“ in folgender Weise ab: Der Kapitän des Dampfers gab, als kein Zweifel mehr darüber bestand, daß das Schiff infolge der Kesselexplosion untergehen würde, Befehl, mit Voll dampf Kurs auf die Abrothos-Rippen zu nehmen, die nur wenige Meilen von der Küste entfernt sind. Während dieser Zeit spielte die Schiffskapelle zur Beruhigung der etwa 800 Zwischendecksfahrergäste die italienische Nationalhymne, und die Offiziere und Mannschaften mischten sich unter die von panischen Schreien ergriffenen Auswanderer und sprachen ihnen Mut zu. Die „Principessa Mafalda“ hielt mehrere Stunden lang unter Voll dampf den Kurs nach der Küste zu ein und wurde dann in den Küstengewässern von den zur Rettung herbeigeleiteten Dampfern erreicht. Die letzten mit bewunderteschneller Schnelligkeit ihre Boote aus und übernahmen die Passagiere von der „Principessa Mafalda“ entweder direkt oder aus den bereits schwimmenden Rettungsbooten dieses Schiffes. Die Anwesenheit der zahlreichen Rettungsdampfer übte eine beruhigende Wirkung aus und erleichterte das Rettungswerk wesentlich, obwohl die „Principessa Mafalda“ nun bereits mit ziemlich großer Schnelligkeit zu sinken begann. Eine Menge kleiner Fahrzeuge lief inzwischen von der Küste nach der Unglücksstelle aus, um nach weiteren Überlebenden zu suchen und Bergungsarbeiten vorzunehmen.

Die Rettung der Schiffbrüchigen.

Rio de Janeiro, 27. Oktober.

Aus den Funkprüchen der zur Rettung der „Principessa Mafalda“ herbeigeleiteten Dampfer ist zu entnehmen, daß kurze Zeit bevor das Unglück geschah, die Mehrzahl der Fahrgäste, namentlich die Auswanderer, nachdem sie ihr Abendessen eingenommen hatten, mit Vorbereitungen für die am nächsten Tage bevorstehende Landung beschäftigt waren. Viele nahmen auch an einer Feier aus Anlaß des binnen kurzem zu erwartenden Eintreffens in Argentinien teil. Als das Schiff plötzlich heftig erschütterte und zum Sinken gebracht wurde, als ob es auf Grund gefahren sei, hörte das frohe Treiben auf, der Tanz wurde säh abgebrochen und Ruhe des Schreckens wurde laut. Die Ruhe des Kapitäns Gull und die Gewandtheit, mit der die Mannschaften die Fahrgäste in die Boote und auf Floße brachte, verhinderten den Ausbruch einer ersten Panik. Immerhin spielten sich heutzutage Szenen ab, als bei der Verteilung der Fahrgäste auf die einzelnen Boote Familien auseinandergerissen wurden. Viele Fahrgäste konnten auch nur mit Mühe davon abgehalten werden, ihre Habseeligkeiten zu retten. Die Schiffsingenieur suchten mittlerweile die Ursache des Sinkens festzustellen. Auf die dann ausgesandten SOS-Rufe folgten bange Minuten, bis die Dampfer „Formosa“, „Athena“, „Rosella“ und „Empire Star“ antworteten und schließlich in Sicht kamen. Kurz nach ihrer An-

kunft erfolgte die Explosion auf der „Principessa Mafalda“. Der „Formosa“ gelang es, trotz der Dunkelheit, dicht an dem sinkenden Schiff anzulegen, wodurch die Rettung sehr beschleunigt wurde, da sie direkt von Deck zu Deck möglich war.

Nach den jüngsten Meldungen des „Corriere della Sera“ aus Rio de Janeiro sind im ganzen sieben Dampfer mit geretteten Schiffbrüchigen unterwegs. Das Rettungswerk vollzog sich während der ganzen Nacht im Licht der Scheinwerfer. Das Schiff laut erst sechs Stunden nach der Explosion. Schon bei der Kesselexplosion waren viele Passagiere vor Schreck über Bord gesprungen. Der erste bei dem verunglückten Schiff eintreffende französische Dampfer „Formosa“ verfügte nicht über genügend Schaluppen, um gleichzeitig alle Passagiere aufzunehmen, aber die französischen Matrosen haben sich heldenmütig dem Rettungswerk hin, indem sie zwischen den Dampfern hin- und herfuhr. Der Untergang des Schiffes erfolgte gegen Mitternacht. Die Scheinwerfer der Rettungsdampfer beleuchteten die „Principessa Mafalda“ bei ihrem Untergang. Die neu hinzugeeilten Dampfer suchten die ganze Unglücksstelle ab. Am Mittwoch morgen wurden die Schiffe von den Dampfern „Rosetta“ und „Roselle“ abgelöst, die die letzten Schiffbrüchigen an Bord haben. Die Vertretung der „Navigazione Generale Italiana“ in Rio de Janeiro teilte am Mittwoch abend mit, daß die Zahl der Vermissten nur noch 48 betrage, unter denen fast ausschließlich Italiener, Argentinier und Brasilianer sich befinden. Nach einer weiteren Mitteilung befand sich auch der Direktor des nordamerikanischen Stahltrusts, Olieri, an Bord der „Principessa Mafalda“, der jedoch gerettet werden konnte.

Die Zahl der Opfer noch ungewiß.

Ueber die tatsächliche Zahl der Geretteten der „Principessa Mafalda“ liegen noch immer keine endgültigen Nachrichten vor. Die Angaben über die Verluste schwanken zwischen 34 und 60 Personen. Auch über den Grund des Unglücks ist noch nichts Endgültiges bekannt. Die Theorie der Kesselexplosion wird abgelehnt, da das Schiff hierbei hätte schwimmfähig bleiben müssen. Auch die Meldungen über einen Schraubenschlüsselbruch mit katastrophalen Folgen finden wenig Glauben. Eine andere Theorie ist, daß der Dampfer auf eine schwimmende Mine gestoßen ist. Am wahrscheinlichsten ist jedoch die Annahme, daß die „Principessa Mafalda“ auf ein unter der Wasseroberfläche treibendes Wrack stieß, da auch die Vermutung des Aufstehens auf ein Felsenriff abgelehnt wird.

Buenos Aires, 27. Oktober.

Als die Nachricht von dem Schiffunglück an der brasilianischen Küste hier eintraf, sammelte sich vor dem Gebäude der Navigazione Generale Italiana eine große Menschenmenge, die mit Spannung auf nähere Nachrichten wartete. Verwundert und Bekanntschaften von Fahrgästen der „Principessa Mafalda“ verlangten dringend Auskunft über die Namen der mit dem Schiff untergegangenen Personen. Die einzige Information, die die Gesellschaft gestern abend erteilen konnte, war die Nachricht, daß 68 Fahrgäste ums Leben gekommen seien, es bestände Hoffnung, daß weitere Überlebende durch Frachtdampfer gerettet worden seien. Die Unsicherheit der Angaben über die Verluste an Menschenleben werde noch dadurch vermehrt, daß leere Boote, deren Insassen gerettet worden seien, auf dem Meere umhertrieben. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist damit zu rechnen, daß der Boden der „Principessa Mafalda“ von der Schraubenschlüssel des Dampfers durchschlagen wurde und daß das durch das Ver eingedrungene Wasser eine Kesselexplosion verursacht hat. Die Mehrzahl der Geretteten befindet sich auf den Dampfern „Formosa“ und „Athena“, die heute in Rio de Janeiro eintreffen.

Gefängnis verurteilt. Auch wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 5 Jahre aberkannt. In einem dritten Fall wurde er freigesprochen.

Der Brandenburger Schupomord.

Verhandlung vor den Potsdamer Geschworenen.

Das Potsdamer Schwurgericht begab sich heute früh nach Brandenburg a. d. Havel, um dort gegen den 32 Jahre alten Tischler Paul Schallnack aus Bogaczewen, Kreis Lüben (Ostpreußen) wegen Totschlages zu verhandeln. Der Angeklagte, ein gewerbmäßiger Fahrraddieb und Einbrecher, ist beschuldigt, in Brandenburg den Polizeibeamten Wischner vorzüglich, aber ohne Ueberlegung, getötet zu haben.

Am 5. März d. J. ist der Angeklagte aus dem Zuchthaus in Kassel entlassen worden, nachdem er seine Strafe von über drei Jahren verbüßt hatte. Nach längerer Wanderingerschaft kam Schallnack über Magdeburg mittellos nach Burg. Dort stahl er ein vor der Polizeiwache stehendes Fahrrad und fuhr nach Brandenburg. Hier hielt ihn der Polizeibetriebsassistent Wischner an, um seine Personallisten festzustellen, zumal er abends ohne Licht fuhr. Der Angeklagte ging anfangs gutwillig mit, warf dann aber vor der Polizeiwache dem Beamten das Fahrrad vor die Füße und ließ davon. Plötzlich fielen aus kurzer Entfernung mehrere Schüsse, von denen einer den Beamten niederstreckte. Am Tatort wurden zwei Hülsen gefunden. Auf dem Alkalaplatz entwendete der Täter noch schnell ein Fahrrad, mit dem er dann entkam. In Spandau wurde der Angeklagte dann bei einem erneuten Fahrraddiebstahl festgenommen, nachdem er noch vorher dem Eigentümer des Fahrrades mehrere Faustschläge ins Gesicht versetzt hatte. Bei dem Verbrechen fand man eine Mehrschadepistole, Kaliber 6,35 Millimeter, und die am Tatort gefundenen Hülsen stammen aus dieser Pistole. Die Pistole ist in einem Waffengeschäft in Brandenburg gestohlen worden. Der Täter will nur zweimal auf den Beamten geschossen haben und leugnet, noch einen dritten Schuß auf den bereits zusammengebrochenen abgegeben zu haben. Schallnack hat noch ein weiteres schweres Verbrechen auf dem Kerkhof, nämlich einen zweiten schweren Ueberfall auf einen Polizeibeamten am 7. Mai bei Spandau. Hier schloß der Angeklagte dreimal auf den Polizeieinbrechermeister Krippen und traf ihn in das rechte Bein. Im Laufe der Verhandlung findet ein Akkolstermin am Tatort statt. Zur Verhandlung, für die zwei Tage in Aussicht genommen sind, sind dreißig Zeugen und viele Sachverständige geladen, darunter auch Professor Dr. Brüning (Berlin).

Noch eine Kugel im Lauf!

Unvorstelliges Hintertzen mit einer geladenen Waffe hat gestern nacht in einem Lokal in der Carlstraße wieder einmal einen schweren Unfall verursacht. Der 22jährige Schneider Paul G. aus der Kolonie „Freie Wiese“ in Charlottenburg gelangte bei im Lokal beschäftigten Stütze seine Browningpistole. Er entwand die Waffe und zog das Magazin heraus. G. gab die Waffe dem Mädchen in die Hand, als plötzlich ein Schuß trat. Die Kugel brang G. in den Unterleib, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Man brachte den Schwerverletzten in das nahegelegende Logaruss-Kranken-

haus, wo er bedenklich daniederliegt. Der Verunglückte hatte ver-gessen, daß nach eine Kugel im Lauf steckte, die ihm dann zum Verhängnis wurde.

Schwerer Unfall des Potsdamer Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident von Potsdam, Henry v. Zihewitz, erlitt gestern nachmittag beim Jagdreiten einen schweren Unfall. Bei Fahrland kam er mit seinem Pferde zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Nachdem ihm ein Arzt eine Einsprühung gemacht hatte, wurde er in sein Potsdamer Heim übergeführt. Die genaue ärztliche Untersuchung soll im Laufe des heutigen Vormittags stattfinden. Die Vertretung in den Amtsgeschäften hat Polizeirat v. Bodungen übernommen.

Das Parlament der Hausfrauen.

Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates trafen Hausfrauen und Wirtschaftsdirektoren zusammen, um gemeinsam die Modernisierung der Küche zu besprechen. Es handelt sich in erster Linie darum, dem stark begrenzten Platzraum der Neubauwohnungen — 10 Quadratmeter des ganzen Flächenmaßes entfallen im allgemeinen auf die Küche — Rechnung zu tragen und nur das wirklich Notwendige und Praktische bei der Kücheneinrichtung ins Auge zu fassen. Genau wie die Raumeinrichtung, soll auch die Wahl der Küchengeräte allen Anforderungen praktischen Wirtschaftens entsprechen. Anschließend an die seinerzeitige Hausfrauenausstellung „Der moderne Kleinhaushalt“ fabric Ingenieur Wiffoth an Hand von Lichtbildern praktische und unpraktische Kücheneinrichtungen vor. Zeit- und Kraftersparnis in Verbindung mit ökonomischer Verteilung sind die Grundbedingungen der neuen Küche, und all die verschiedenartigen Behelfe der Hausfrau sind nach Ansicht der zweiten Vorsitzenden der Hausfrauenzentrale, Frau Drewitz, sehr reformbedürftig. Jeder Kochtopf, jedes Gefäß sollen beim Einkauf genau auf seine Zweckmäßigkeit geprüft werden. In der Diskussion kam zum Ausdruck, wie stark jede einzelne mit dem Problem „Küche“ beschäftigt ist und durch eigenes Ausprobieren Wege der Verbesserung finden will.

Beim Wohnungsbrand schwer verletzt.

Heute mittag kam in einer Wohnung im Hause Schönhauser Allee 113 Feuer zum Ausbruch, das sich in kurzer Zeit auf die ganze Wohnung ausbreitete. Als die Feuerwehr anrückte, züngelten die Flammen bereits aus den Fenstern heraus und gefährdeten die darüberliegenden Wohnungen. Bei den Löscharbeiten wurde der Oberfeuerwehrmann Sawella so schwer verletzt, daß er in das Urban-Krankenhaus übergeführt werden mußte. Bei Schluß des Blattes ist die Feuerwehr noch an der Brandstelle beschäftigt.

Jhkon in einer brasilianischen Stadt.

New York, 27. Oktober.

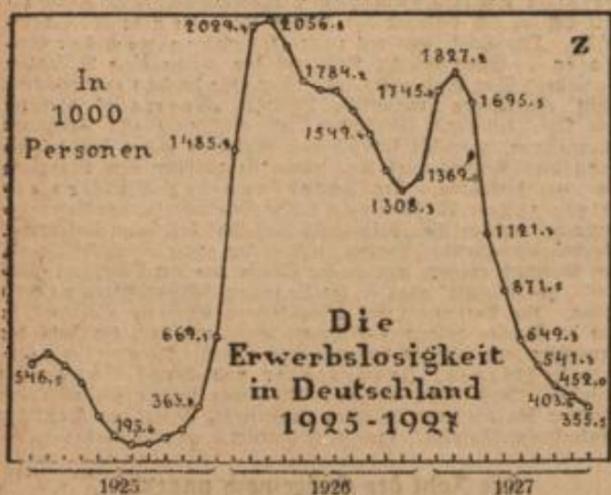
Nach hier vorliegenden Meldungen wurde die 20 000 Einwohner zählende Stadt Ponta Grossa im Staate Paraná in Brasilien durch einen Jhkon zum Teil zerstört. Der Sachschaden ist beträchtlich. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten liegen noch keine Meldungen vor.

Die Arbeitslosigkeit 1925 - 1927.

Sind wir über den Berg?

Unser Schaubild verdeutlicht den Verlauf der Arbeitslosigkeit auf Grund der Zahlen über die unterstügten Arbeitslosen vom Januar 1925 bis Oktober 1927. Da nur die unterstügten Arbeitslosen berücksichtigt sind, so ist nicht das absolute Zahlenverhältnis, sondern die Bewegung der Arbeitslosigkeit das Wesentliche an unserem Schaubild. Diese Bewegung ist im wesentlichen die gleiche wie die bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Zwei Tatsachen fallen zunächst auf: 1. die Hartnäckigkeit der Krise während des Jahres 1926; 2. wie weit wir noch entfernt sind vom dem Stand von 1925. 1925 blieb die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auch im ungünstigsten Monat Februar unter



600.000, während der günstigsten Monate Juni-September unter 200.000. 1927 war die Arbeitslosigkeit im ungünstigsten Monat dreimal so groß als 1925, um im günstigsten Monat nur auf rund 355.000 herunter zu gehen, während die Sommermonate sich auf der Höhe des ungünstigsten Monats von 1925 hielten.

Im Kriegsjahr 1926 blieb im günstigsten Monat die Arbeitslosigkeit vorübergehend noch mehr als doppelt so hoch, als im ungünstigsten Monat von 1925, im Jahresdurchschnitt sogar dreimal so hoch. Für das Jahr 1926 war aber die durchschnittliche tatsächliche Arbeitslosenzahl um rund eine halbe Million höher als die der unterstügten Erwerbslosen angenommen werden, d. h. sie belief sich im Jahresdurchschnitt auf etwa 2 1/2 Millionen.

Zwischen 1925 und 1927 liegt ein steiler Krisenberg. Sind wir über den Berg? Vieles deutet darauf hin. Wir haben aber wohl eine günstige, jedoch noch keine ausgesprochene Hochkonjunktur.

Die erste Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Der Kündigungsschutz der Angestellten.

Ende 1926 übernahm die „Produktion“ in Hamburg die „Neue Gesellschaft“, bei der u. a. ein Angestellter Kopfe seit fünf Jahren beschäftigt war. Seine Firma kündigte ihm am 14. Dezember 1926 zum 31. März 1927, und da sie ihn selber nicht weiter beschäftigten konnte, wurde der Angestellte zunächst von der „Produktion“ mit übernommen bzw. von ihr unter den tariflichen Bedingungen weiterbeschäftigt. Nach Ablauf der Kündigungsfrist, vielmehr kurz zuvor, kündigte die „Produktion“ dem Angestellten mit einmonatiger Frist zum 30. April. Die Geschäftsleitung war offenbar der Auffassung, daß, nachdem die alte Firma dem Angestellten gegenüber die Bedingungen des Kündigungsschutzgesetzes erfüllt hatte, dieser Schutz nicht weiterbestehe, da der Angestellte bei ihr, der neuen Firma, nicht fünf Jahre, sondern nur drei Monate beschäftigt war.

Das Kaufmannsgericht Hamburg trat dieser Auffassung bei, während das Landesarbeitsgericht der Beschwerde des Angestellten stattgab. Das Reichsarbeitsgericht wies den Einspruch der „Produktion“ gegen die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts zurück. Die Sicherungen, die das Kündigungsschutzgesetz den Angestellten bietet, können nicht dadurch ausgeschaltet werden, daß der Rechtsnachfolger einer Firma mit dem von ihm übernommenen Personal einen neuen Vertrag eingeht, der sich nicht auf die bisherige Anstellungsdauer bezieht.

Der Streik im Celgadewerk Pintsch.

Der Streik im Celgadewerk der Pintsch A.-G. geht weiter. Die Verwaltung versucht, den Betrieb mit Streikbrechern aufrecht zu halten. Die Berliner Arbeiterschaft, besonders die organisierten Arbeiter werden dringend ersucht, Streitarbeit abzulehnen.

Ordnungswahrung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Lohnzulage in Privatelektrizitätswerken.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Wirtschaftsbezirk Brandenburg, teilt uns mit:

Durch Spruch des Schlichtungsausschusses zweiter Instanz erhöhen sich die Löhne für die Privatelektrizitätswerte in sämtlichen Gruppen um 5 Pf. pro Stunde. Die ständige Schmutzzulage für die Kohlen- und Schlackenarbeiter erhöht sich um 4 auf 5 Pf. pro Stunde. Beim Elektrizitätswerk Süd-West A.-G. beträgt die Erhöhung für die ersten drei Gruppen 6 Pf., für die letzten drei Gruppen 5 Pf. pro Stunde. Ebenfalls erhöht sich hier die ständige Schmutzzulage von 4 auf 5 Pf.

Für die Maschinisten und Heizer im Einzelhandel beträgt die Lohnzulage 2,40 M. pro Woche. Diese Löhne gelten ab 1. resp. 2. Oktober 1927.

Generalversammlung der Schuhmacher Berlins.

Die Schuhmacher hatten am Mittwoch in Boekers Festsaal ihre Quartalsgeneralversammlung. Der Bevollmächtigte Hötz berichtete, daß im 3. Quartal 40 Mitglieder gewonnen wurden, so daß die Zahlstelle jetzt 3880 Mitglieder zählt. Der zahlenmäßige Mitgliedererwerb wäre noch größer, wenn nicht der Berechnungsmodus geändert worden wäre. Während früher pro Mitglied und Vierteljahr 9,2 Beiträge für den Ballzahler zugrundegelegt wurden, sind es jetzt 10,2 Beiträge. Gute Fortschritte konnten durch die Einführung der Hauskassierung bei den Heimarbeiterrinnen gemacht werden. Bei der Gruppe der Taubstummen ist ebenfalls rüstig vorwärtsgegangen.

Hötz schilderte dann eingehend die Bewegungen und Differenzen in den einzelnen Betrieben und ging zum Schluss seines Berichts auch kurz auf das Schlichtungswesen ein. Er teilte die von allen verantwortlichen Gewerkschaftsführern vertretene Auffassung, daß man das Schlichtungswesen solange nicht rundweg ablehnen könne, solange noch große Teile der Arbeiterschaft den Gewerkschaften fernstehe und nicht aus eigener Kraft den Unternehmern ihre Forderungen abringen können. Doch auch die Schlichtungsinstanzen dem rationisatorischen Kräfteverhältnis der Arbeiter Rechnung tragen müssen, hätten die in den letzten Wochen ergangenen Schiedsprüche sehr deutlich gezeigt. Diese Tatsache müsse den Funktionären und Mitgliedern ein Ansporn sein, mit aller Kraft besonders unter den Frauen und in den Betrieben und Branchen zu agitieren, wo das Organisationsverhältnis noch zu wünschen übrig läßt.

Der Kassierer Böhrer berichtete über eine gute Entwicklung auch der Finanzen. Der gedruckt vorgelegte Kassenbericht weist eine Steigerung des Bestandes der Lokalfasse von 14.661 M. am Schlusse des 2. Quartals auf 17.920 M. aus.

Die Diskussion war im allgemeinen streng sachlich. Neben einem Redner, der anscheinend wegen seiner geringen gewerkschaftlichen Erfahrungen und seiner gefühlsmäßigen Einstellung in konfuser Weise gegen das Schlichtungswesen zu Felde zog, blieb es dem Kommunisten Joller vorbehalten, gegen die „reformistische“ Gewerkschaftspolitik vom Leder zu ziehen. Er behauptete, daß die Zeit des Schlichtungswesens endgültig vorbei sei. Nach seiner Auffassung dürfe es nicht mehr den einzelnen Gewerkschaften überlassen bleiben, Lohnkämpfe zu führen, sondern diese müßten zentral für die gesamte Arbeiterschaft geführt werden, also ungeachtet der Konjunktur und der sonstigen Voraussetzungen eines Kampfes, in den einzelnen Industrien und Wirtschaftsbereichen. Ebenso müßten diese Kämpfe zum Ziel haben, den gleichen Lohn für alle Erwerbstätigen zu erringen, da mit der Erfüllung dieser Forderung der Kapitalismus mit einem Schlag erledigt sei.

Diese Ausführungen, die nicht einmal mit der Auffassung der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in Einklang stehen dürften, sind um so unbegreiflicher, da es sich hier um einen Funktionär handelt, der schon Jahrzehntlang in der Gewerkschaftsbewegung steht.

Der Konflikt in München-Grabbach.

München-Grabbach, 26. Oktober.

Der vom staatlichen Schlichtungsausschuss gefällte Schiedspruch für das Bekleidungsunternehmen des München-Grabbacher Bezirks, der eine Erhöhung der Zeilöhne um 12 und der Akkordlöhne um 10 Proz. vorseht, ist vom Arbeitgeberverband angenommen worden. Da die Gewerkschaften den Spruch ablehnen, wollen die Arbeitgeber nunmehr die Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Lohnerhöhung in der ostoberschlesischen Eisenindustrie

Kattowitz, 26. Oktober.

Gestern fanden zwischen dem Verband der ostoberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie und der Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände Lohnverhandlungen statt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der den in den Eisenhütten beschäftigten Arbeitern ab 1. Oktober eine fünfprozentige Lohnerhöhung bewilligt wird, die bis zum 1. März läuft.

Zur Lage im englischen Bergbau.

Der Bezirksvorstand des englischen Bergarbeiterverbandes des Kohlenbistrites Forest of Dean hat — wie uns aus London gemeldet wird — dem Gesamtverband eine Resolution unterbreitet, in welcher der Verband aufgefordert wird, ein

Aktionsprogramm für die nächste Zeit auszuarbeiten. Das Programm soll u. a. die Forderung nach einer Rückkehr zu einem Landestarifvertrag und zum siebenstündigen Arbeitstag enthalten. Die Resolution wird die für Mittwoch nach London einberufene Landesdelegiertenversammlung der Bergarbeiter beschäftigen. In ihrem Mittelpunkt steht die Beratung der Lage im Bergbaubistrit Burham, wo zum 31. Dezember eine Aussperrung der Bergarbeiter durch die Unternehmer droht.

Der Seemannsverband in England zur Ordnung gerufen.

Nach Abschluß des englischen Bergarbeiterstreiks bildeten sich sogenannte wirtschaftspolitische Sonderorganisationen von Bergarbeitern, die der Verband der Seeleute finanziell und moralisch zu unterstützen versprach. Der unter Leitung des eigenbrötterischen Havelock Wilson stehende Seemannsverband ist eine „politische“ Gewerkschaft, da er gleich allen übrigen legalen Gewerkschaftsverbänden der Arbeiterpartei angehört. Die Bergarbeitergewerkschaft kann natürlich nicht dulden, daß gegen sie gerichtete Splitterorganisationen von einer Bruderorganisation, dem Seemannsverband, unterstützt werden. Sie hat sich daher an den Generatrat des Gewerkschafts-kongresses gewandt, der beschloffen hat, den Seemannsverband aufzufordern, sich binnen 14 Tagen zu erklären, ob er seine Absicht aufgeben will, die „nichtpolitischen“ Bergarbeiterverbände finanziell und moralisch zu unterstützen. Kommt der Seemannsverband dieser Aufforderung nicht nach, dann wird der nächste Gewerkschaftskongress darüber zu entscheiden haben, ob dieser Verband noch länger der gewerkschaftlichen Landeszentrale angehören kann.

Wächung, SPD-Bekleidungsarbeiter! Am Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr, im Restaurant Brandenburg, Steglitzer Str. 2 (alte Waisenstraße), wichtiger Verammlung aller Parteigenossen. Tagesordnung: Die gegenwärtige politische Lage. Referent Genosse Tränkel. Bericht über den Verbands- und Parteibuch mitbringen. Der Stationsvorstand.

Verantwortlich für Vorkl.: Dr. Curt Geyer; Bericht: G. Kinnert; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Klara; Resolution: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Rich. Karst; Anzeigen: Th. Glade; Schriftl. in Berlin: Verlag: Kormanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Kormanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Frisch geschlachtet, lange prachvolle **Gänse 1.20** 9 bis 14 Pfd. schwer, einzig L. Geschmack **Wegner, Berlin 50** Mariannenstraße 34 im Gänsckeller.

Berlin trifft sich
I. Münchener Oktoberfest
Alte Autohalle, Kaiserdamm
15. Okt. - 15. Nov.

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts.



noch nie dagewesene Kaufgelegenheit! Wir müssen in ganz kurzer Zeit bis auf das letzte Stück räumen.

Deshalb wirkliche

Schleuderpreise

Hier einige Beispiele:

Feinste fertige Herren-Winter-Mäntel- u. -Anzüge

- Serie I** Kräftige Stoffe, gute Verarbeitung
Sonst M. 48.- jetzt M. **19⁵⁰**
- Serie II** Gute Stoffe, beste Zutaten
Sonst M. 86.- jetzt M. **39.-**
- Serie III** Beste reinwollene Stoffe, tadellose Verarbeitung
Sonst M. 108.- jetzt M. **59.-**
- Serie IV** Allerfeinste reinwollene Maßstoffe, die nur für Maßanfertigung bestimmt waren und die wir jetzt in elegantester Ausführung fertig am Lager haben. Das Beste vom Besten.
Sonst M. 135.- bis 145.- jetzt M. **79.-**

Herren-Hosen weit unter Einkauf!

- 1 Posten Frack-Anzüge besonders für Kellner geeignet
Sonst M. 185.-, jetzt M. **87⁰⁰**
- 1 Posten Konfirmanden-Anzüge Größe 10 bis 43
Sonst M. 38.- bis 68.-, jetzt M. **18⁷⁵ 39⁰⁰**
- Loden-Joppen M. **9⁵⁰ 16⁵⁰ 22⁰⁰**

Herrenbekleidung Gertraudenstraße 24

gegenüber der Petrikirche.